62. Österreichischer Städtetag

30. Mai – 01. Juni 2012

Dornbirn

Arbeitskreis IV

Zivilgesellschaftliche Partizipation – Neue Wege des politischen Engagements

Österreichischer Städtebund

Zivilgesellschaftliche Partizipation – Neue Wege des politischen Engagements

Moderation:

Dr. Eugen Antalovsky
Europaforum Wien

Vorsitz:

GR.in Dr.in Monika Vana
Grüne Wien

Vorträge:

BürgerInnenbeteiligungsverfahren als Ausdruck direkter Demokratie
GR.in Dr.in Monika Vana
Grüne Wien _____ Seite 5

BürgerInnen-Mit-Wirkung: Ein neues Steuerungskonzept für die Kommunen in Österreich
Dr.in Elke Löffler
Governance International _____ Seite 11

Demokratiestadt Falun – eine Infrastruktur für Bürgerbeteiligung
Univ.-Prof. Dr. Bruno Kaufmann
Stadtrat für Bürgerbeteiligung, Wahlen und Abstimmungen in Falun/Schweden; Präsident des „Initiative and Referendum Institute Europe“ in Marburg/Deutschland _____ Seite 25

Bürgerbeteiligung in Schwechat – Stand April 2012
NR Bgm. Hannes Fazekas
Stadtgemeinde Schwechat _____ Seite 31

BürgerInnenbeteiligungs-verfahren als Ausdruck direkter Demokratie

GR.in Dr.in Monika Vana

Grüne Wien

Zivilgesellschaftliche Partizipation – Neue Wege des politischen Engagements BürgerInnenbeteiligungsverfahren als Ausdruck direkter Demokratie

von Dr.in Monika Vana, Gemeinderätin Wien, Vorsitzende Arbeitskreis 4

Die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Bedarf nach mehr Direkter Demokratie sind derzeit europaweit Thema. Nicht zuletzt die jüngsten Beschlüsse über die künftige wirtschaftspolitische Steuerung der EU ("Europäischer Stabilitätsmechanismus") sowie den Fiskalpakt haben das Demokratiedefizit der EU offensichtlich gemacht: das Europaparlament - ohnedies noch mit mangelnden Rechten wie fehlendem Initiativrecht ausgestattet - wird bei wesentlichen Beschlüssen umgangen.

Das Demokratiedefizit der EU gefährdet das Projekt Europa

Die BürgerInnen Europas haben nicht das Gefühl, EU-Politik mitbestimmen zu können, sondern erleben die EU als verlängerten Arm einer neoliberal geprägten Globalisierung - nicht als Instrument, diese zu gestalten. Dieses Ohnmachtsgefühl vieler Menschen gegenüber der EU drückt sich aus in einer immer stärker werdenden Europaskepsis breiter Teile der Bevölkerung - einer Bevölkerung, die die Idee eines Vereinten Europa gerade in Zeiten der Krise nicht nur mit-tragen sondern auch mit-bestimmen sollte.

Von der Idee des Europäischen Verfassungskonvents, europaweite Volksabstimmungen einzuführen und damit die direkte Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie wesentlich zu stärken, ist man heute meilenweit entfernt. Neue u.a. durch Druck von NGOs und Gewerkschaften mühsam erkämpfte Instrumente wie die Europäische BürgerInneninitiative - die mit einer Mindestzahl von 1 Million Unterschriften aus mindestens 7 Ländern die Kommission auffordern kann in ihrem Wirkungsbereich tätig zu werden - stecken erst in den Kinderschuhen, geben allerdings Anlass zur Hoffnung.

Städte als Brennpunkte demokratischer Entwicklungen

Brennpunkte demokratischer Entwicklungen in Europa sind von jeher die Städte und urbanen Räume. Europapolitik ist Kommunalpolitik und umgekehrt. In den Städten fokussieren sich die Probleme der Zeit: von steigender Arbeitslosigkeit über die Sicherung der Umweltqualität bis zu Integrationsproblemen. Städte brauchen künftig mehr Mitbestimmung in der EU zur Bewältigung ihrer Aufgaben für die BürgerInnen wie beispielsweise die Sicherung der Daseinsvorsorge. Aber auch Europas BürgerInnen brauchen mehr Mitbestimmung: Ohne die Stärkung der Direkten Demokratie und mehr Beteiligung der BürgerInnen an ihrem unmittelbaren Lebensbereich droht auch die repräsentative Demokratie nicht nur an ihre Grenzen zu stoßen, sondern überhaupt in Frage gestellt zu werden - das zeigen eindrucksvoll die erfolgreichen neuen (z.T. auch partei)politischen Bewegungen wie Piraten, Occupy Movement, "Mehr Demokratie" und andere. Selbst sogenannte "Spaßparteien" ohne ernsthaftes Programm erzielen auf kommunaler Ebene erstaunliche Ergebnisse – Hauptsache, die BürgerInnen können es "denen da oben" zeigen. Vor diesem Hintergrund ist auch der starke Zulauf zu Europa-skeptischen und nationalen rechten Parteien zu sehen.

Europas BürgerInnen brauchen mehr Mitbestimmung

Wenn wir von BürgerInnenbeteiligung und Modellen zivilgesellschaftlicher Partizipation sprechen, müssen wir als StädtepolitikerInnen unseren Blick daher nicht nur über den

eigenen städtischen Tellerrand hinaus richten und uns mit globalen Trends auseinandersetzen, sondern die unterschiedlichen Modelle zivilgesellschaftlichen Engagements, die in Europa zur Zeit bereits praktiziert, teils aber erst entwickelt werden, studieren und diskutieren: von BürgerInnenhaushalten über BürgerInnenforen bis zu lokalen Referenden.

Direkte Demokratie: Ergänzung oder Gefährdung der repräsentativen Demokratie?

Wir müssen die Begrifflichkeiten klären: Was bedeutet BürgerInnenbeteiligung konkret? Ist es nur die Häufigkeit von Abstimmungen (Bsp. Schweiz) oder die größere Zahl der Beteiligten - also eine Frage der Mitbestimmung? Oder umfasst echte BürgerInnen*beteiligung* nicht auch ein Bekenntnis zur stückweisen Selbstbestimmung der Menschen jenseits der Parlamente, die umfassende Teilhabemöglichkeit an demokratischen Prozessen für ALLE - und letztendlich auch verbindliche Entscheidungen GEGEN parlamentarische Mehrheiten? Wen meinen wir, wenn wir von "BürgerInnen" sprechen" (Stichwort MigrantInnen)? Und WER ist Zivilgesellschaft und kann daran teilhaben? - Stichwort: NGOs und die Problematik der zwangsläufigen (?) Verschränkung mit dem politischen Establishment; aber auch soziale, genderspezifische u.a. Barrieren der Informations- und damit Teilhabemöglichkeit an zeitaufwendigen demokratischen Prozessen.

Mit diesen Fragen und aktuellen Beispielen von BürgerInnenbeteiligung aus Österreich und Europa soll sich der *Arbeitskreis 4 Zivilgesellschaftliche Partizipation – Neue Wege des politischen Engagements* am diesjährigen Städtetag befassen.

Einige Beispiele von BürgerInnenbeteiligungsverfahren aus Wien:

Implementierung demokratischer Prozesse auf Bezirksebene – Die "Lokale Agenda 21":
Mit der auf dem 1992 von der UNO in Rio beschlossenen Handlungsprogramm „Agenda 21“ für nachhaltige Entwicklung aufbauenden „Lokalen Agenda 21“ verpflichtete sich Wien 1996 zur Umsetzung von Lokalen BürgerInnenbeteiligungs-Prozessen. Ausgehend vom Bezirk Alsergrund beteiligten sich zahlreiche Bezirke und Agendagruppen aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung – von der Förderung des Radverkehrs und sanfter Mobilitätsformen über interkulturelles Zusammenleben und Schaffung von Nachbarschaftsgärten bis zur Aufarbeitung der Geschichte eines "Grätzls".

Einbindung der NutzerInnen – Bsp. Weghuberpark:
Bei der Neu-Gestaltung des Weghuberparks im 7. Bezirk Neubau wurden Betroffene 2005 konkret eingebunden. Gemeinsam mit LandschaftsplanerInnen haben Jugendliche, ältere Menschen, HundebesitzerInnen u.v.a. ihre Bedürfnisse formuliert, und so dazu beigetragen, dass von den Kinderspielgeräten über einen Streetball-Käfig mit Flutlicht bis zu einem Biotop und zu Ruhebereichen, Sitzgelegenheiten, Hundezonen oder einer öffentlichen WC-Anlage alle auf ihre Rechnung kommen. Nach diesem Beispiel wurden seither zahlreiche weitere Parks und Kinderspielplätze gestaltet.

BürgerInnenbefragungen – Bsp. Bacherpark:
Als Symbol für einen demokratischen Durchbruch steht der Bacherpark im 5. Bezirk. Gegen ein umstrittenes Tiefgaragenprojekt (sog. "Volksgarage"), für das auch zahlreiche Bäume gefällt werden sollten, entwickelte sich im Winter 2005/06 eine Besetzung mit Zelten, ganz nach dem Vorbild der Besetzung der Hainburger Au im Dezember 1984. Ein Baustopp wurde erreicht, und im März 2006 setzten AnrainerInnen und Bürgerinitiative ein

Mediationsverfahren durch, bei dem ein Vertrag unterzeichnet wurde, nach dem eine BürgerInnenbefragung abgehalten und der Garagenbau klar abgelehnt wurde - und solche Befragungen danach bei ähnlichen Projekten zum Standard wurden.

"Wiener Charta des Zusammenlebens":
Die im November 2010 gebildete rot-grüne Stadtregierung Wiens hat in ihrem Koalitionsübereinkommen die Erarbeitung einer "Wiener Charta des Zusammenlebens" als eines ihrer zentralen Vorhaben festgelegt. Das Ziel ist es, Grundsätze und Spielregeln für ein gutes Zusammenleben zu erarbeiten, wobei die WienerInnen die Themen selbst bestimmen und die Charta in Diskussionen aktiv mitgestalten. In moderierten Charta-Gesprächen, die BürgerInnen organisieren können, wird eine breite Themenpalette (auch online) diskutiert: Verhalten im Straßenverkehr und in den Öffis, Umgangsformen im Alltag und im öffentlichen Raum, Integration und Sprache, Konflikte zwischen Jung und Alt, Sauberkeit in der Stadt, Genderfragen u.a. Am Ende des Beteiligungsprozesses steht eine selbstständige und freiwillige Vereinbarung über die Regeln des Zusammenlebens und für einen guten, fairen und respektvollen Umgang miteinander.

In Planung für 2012 sind ua ein „Handbuch zur Partizipation“ für die öffentliche Verwaltung mit Tools zur Umsetzung des Leitgedankens Partizipation für Dienststellen sowie ein „Wiener Europadialog“ mit Einbindung der Zivilgesellschaft gemäss rot-grünem Regierungsübereinkommen.

Dr.in Monika Vana Gemeinderätin/city councillor www.wien.gruene.at
http://monikavana.wordpress.com EGP committee (www.europeangreens.eu)
tel.: +43-1-4000-81808 fax: +43-1-4000-11-81811

BürgerInnen-Mit-Wirkung: Ein neues Steuerungskonzept für die Kommunen in Österreich

Dr.in Elke Löffler

Governance International

governance international®
Achieving citizen outcomes

62. ÖSTERREICHISCHER STÄDTETAG
30. Mai bis 1. Juni 2012, Dornbirn

BürgerInnen-Mit-Wirkung:
Ein neues Steuerungskonzept für die Kommunen in Österreich

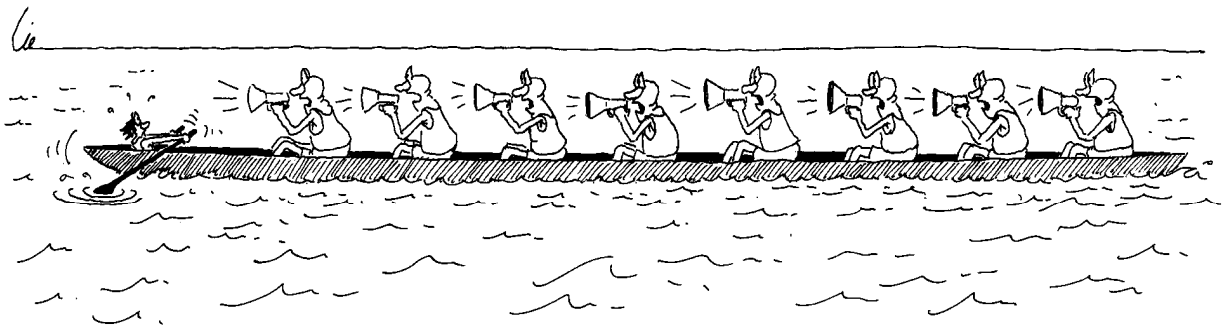
Dr.in Elke Löffler
Geschäftsführerin

Governance International
www.govint.org

© Copyright Governance International 2012

governance international®
Achieving citizen outcomes

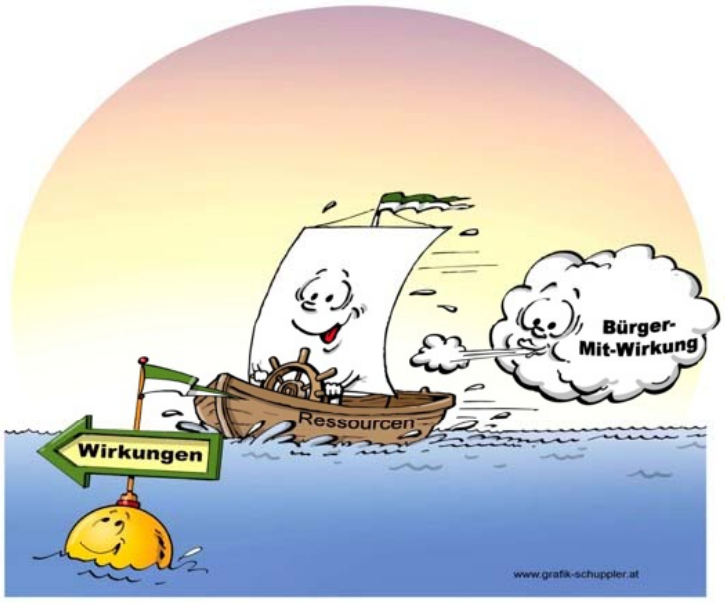
Die Effizienzrendite wird immer kleiner und letztendlich ...



© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Schließung der „externen Ressourcenlücke“ (Budäus 1993) und Beteiligungslücke durch das Rathaus 2.0?



© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Was hat für Ihre Organisation im Jahr 2012 Priorität?

Eine Frage an Sie …

A. **Die Qualität öffentlicher Leistungen zu verbessern, die den Bürgern/innen bereitgestellt wird?**

   oder

B. **Die Zusammenarbeit mit den Bürgern/innen zu verstärken, um deren Lebensqualität zu verbessern?**

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Lassen Sie uns spezifischer sein:

Was brauchen blinde Menschen am meisten?

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Studie über die Bedürfnisse blinder Menschen

Was Verwaltungsmitarbeiter/innen annehmen, was blinde Menschen brauchen:

1) Informationen über öffentliche Leistungsangebote für blinde Menschen (64%)
2) Hilfsgeräte (54%)
3) Menschen kennenlernen und Freundschaften schließen (36%)
4) Jemanden, um über persönliche Dinge zu sprechen (18%)

Was blinde Menschen wirklich wollen:

1) Menschen kennenlernen und Freundschaften schließen (91%)
2) Jemanden, um über persönliche Dinge zu sprechen (62%)
3) Informationen über öffentliche Leistungsangebote für blinde Menschen (53%)
4) Hilfsgeräte(47%)

Quelle: Martin Willis und Eileen Dunstan, Universität Birmingham, 2009

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Das Steuerungskonzept Rathaus 2.0

„Systematische Integration nachhaltiger Mitwirkung von BürgerInnen bei öffentlichen Anliegen in den kommunalen Entscheidungs- und Leistungsprozess“.

Stoßrichtungen

- **BürgerInnen als KoproduzentInnen öffentlicher Leistungen, nicht als passive VerwaltungskundInnen**
- **Mit-Verantwortung und Mit-Wirkung als Ausgangspunkt**
- **Zusammenarbeit mit Fachabteilungen auf Augenhöhe**

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Wie funktioniert „BürgerInnen-Mit-Wirkung“ in der Praxis?

Mit-Steuern
Mit-Entwickeln
Mit-Umsetzen
Mit-Bewerten

bei öffentlichen Anliegen

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Fallstudie: Mit-Steuern „Bürgerhaushalt“ in Berlin-Lichtenberg

- **Einer der ersten “Bürgerhaushalte” in Deutschland mit bereits 7 Durchläufen**
- **Kennzeichen: Offenes Vorschlagswesen**
  (1) Gezielter Medienmix
  (2) Verankerung im Quartiersmanagement
  (3) Neu 2010: Einführung eines Kiezfonds

  http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Fallstudie: Mit-Entwickeln Co-Creation der Website des Sozialamts der Stadt Stockport

- **Ziel: Bedarfsgerechte Information der Zielgruppe (oft mit persönlichen Budgets) und Einrichtung einer Plattform für sämtliche LeistungsanbieterInnen**
- **Ethnographische Beobachtung der VerwaltungskundInnen in ihrem Umfeld („customer journey mapping“)**
- **Mystery shopping mit Verwaltungs-kundInnen auf der alten Website**

Fallstudie: Governance International

- **Ergebnisse der neuen Website: www.mycaremychoice.org.uk/**
  - **100.000+ Besucher/innen der Website**
  - **Weniger Anrufe im Callcenter**
  - **Geschätzte Einsparungen ca. £ 300.000 pro Jahr**

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Fallstudie: Mit-Umsetzen
Peer Education: Verkehrserziehung Jugendlicher durch UnfallfahrerInnen, Österreich

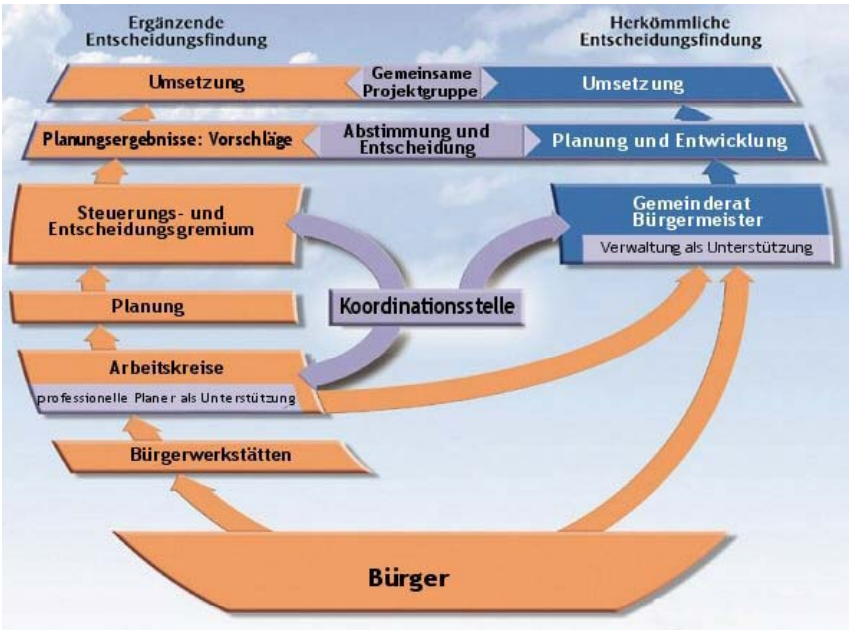
- **Jugendliche UnfallfahrerInnen 570 Besuche in Fahrschulen, Unternehmen, Militär, Schulen**
- **Altersnähe und unmittelbare Erfahrung: 89% Vorsätze, 72% anderes Fahrverhalten**
- **Schulung der freiwilligen Peers im Vorfeld**
- **Anerkennung vor Gericht als Milderungsgrund, Ersatz für Haftstrafe sonstige Bußen**

Fallstudie: Governance International

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Fallstudie: Mit-Umsetzen
Aktive BürgerInnen in der Gemeinde Weyarn



Quelle: http://www.weyarn.de/arbeitskreise.htm

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Fallstudie: Mitbewerten Beschwerdemanagement, Camden

Interview: Governance International

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

twitter

© Copyright Governance International 2012

© Copyright Governance International 2012

governance international®
Achieving citizen outcomes
twitter

© Copyright Governance International 2012

governance international
Achieving citizen outcomes

Viele Beispiele Mitwirkung bei öff. Anliegen

- BürgerInnenbeteiligung in der Verkehrsplanung (Schwechat)
- BürgerInnen-Räte in Vorarlberg
- Aktive BürgerInnen in der bayrischen Gemeinde Weyarn
- Street Watcher: Bremen-Weye
- Quartiers-PatInnen: Offenbach bei Frankfurt a.M.
- Beschwerdemanagement: Camden, maerker/Brandenburg
- PatientInnenmitwirkung in Krankenhäusern: Eksjö
- ???

- … weitere Fallstudien auf www.govint.org

© Copyright Governance International 2012

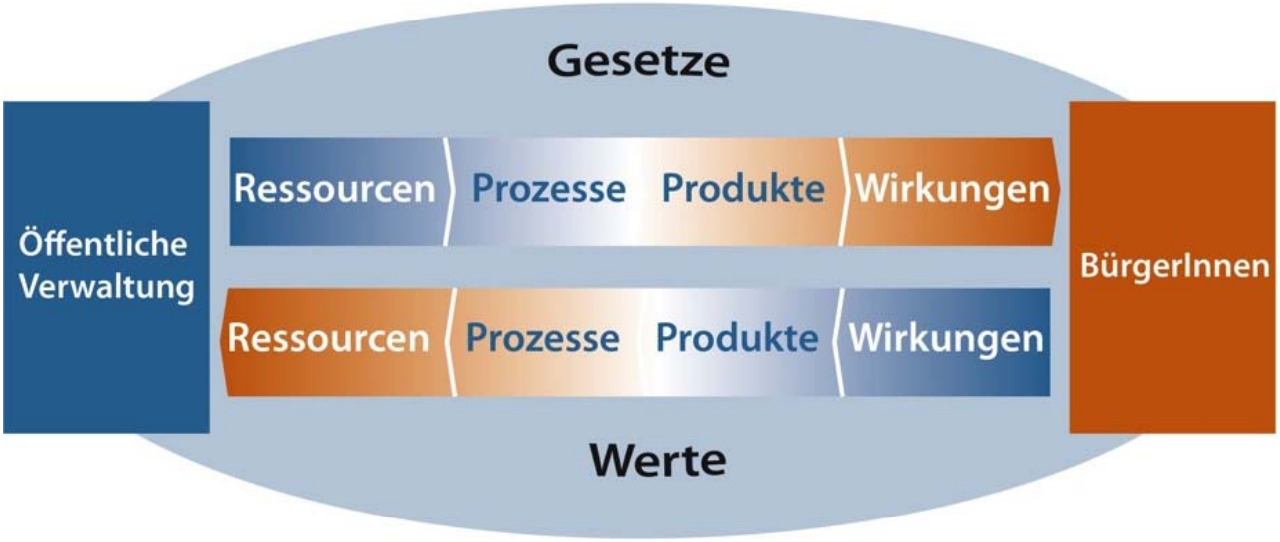
governance international
Achieving citizen outcomes

„BürgerInnen-Mit-Wirkung“ erfordert einen Perspektivenwechsel

© Copyright Governance International 2012

governance international®
Achieving citizen outcomes

… hin zu wirkungsorientierter Verwaltungsführung



© Copyright Governance International 2012

governance international®
Achieving citizen outcomes

Und was jetzt?
„Fangen Sie an!“

© Copyright Governance International 2012

governance international®
Achieving citizen outcomes

Vielen Dank für Ihre MIT-Wirkung!

Newsletter, Fallstudien, Interviews, Blogs, Publikationen, Toolkit für „BürgerInnen-Mit-Wirkung“

Governance International
www.govint.org
@govint_org

Ideen, Kritik, Anregungen, Beispiele und Anwendungsfälle, Lernen von und mit Peers:
elke.loeffler@govint.org

Governance International
Company Limited by Guarantee No. 04488214 Companies House for England and Wales VAT No. GB 100 4403 89

© Copyright Governance International 2012

Demokratiestadt Falun – eine Infrastruktur für BürgerInnenbeteiligung

Univ.-Prof. Dr. Bruno Kaufmann

Stadtrat für BürgerInnenbeteiligung, Wahlen und Abstimmungen in Falun/Schweden
Präsident des „Initiative and Referendum Institute Europe“ in Marburg/Deutschland

Demokratiestadt Falun –
eine Infrastruktur für BürgerInnenbeteiligung

Die Demokratie – die Idee der Volksherrschaft – ist nur dann möglich, wenn der Grundsatz „Ein Mensch, eine Stimme“ als Richtschnur jeglichen politischen Handels gilt. Denn wird dieses Prinzip in Frage gestellt, stehen Einzelinteressen Tür und Tor zu einseitigen Einflussnahmen offen und geraten gemeinsamen Interessen in den Hintergrund – das Private einer Minderheit dominiert das Öffentliche der Mehrheit.

Demokratie als Idee, Verfahren und Praxis wird heute auf den verschiedensten politischen Ebenen in verschiedenen Formen angestrebt. Dabei spielt die lokale Ebene der *Gemeinde* eine zentrale Rolle. Hier ist das Öffentliche, das Gemeinsame dem Privaten und Einzelnen am nächsten und die notwendige Versöhnung der beiden Bereiche lässt sich hier am einfachsten bewerkstelligen. Zudem spielt der lokale staatsbürgerliche Rahmen auch mit Blick auf höhere Ebenen eine entscheidende Rolle. Denn: wird die Demokratie auf der Gemeindeebene als Scheitern wahrgenommen, fällt es den meisten Menschen sehr schwer, sich regional, national oder gar international Gehör verschaffen zu wollen.

Die historische schwedische Kupferbergwerkstadt Falun – hier wurde im 13. Jahrhundert die erste Aktiengesellschaft der Welt gegründet - hat sich deshalb vorgenommen, die lokale Demokratie in den kommenden Jahren umfassend zu demokratisieren – und sich national wie international als *Demokratiestadt* zu profilieren. Die Gemeinde Falun, flächenmässig fast so groß wie das Bundesland Vorarlberg, hat eine Bevölkerung von knapp 60'000 Menschen. 250 Kilometer nördlich von Stockholm ist Falun Hauptstadt der Provinz Dalarna an der Grenze zu Norwegen.

Traditionell spielt die Transparenz in der schwedischen Verwaltung eine wichtige Rolle. Seit dem 17. Jahrhundert gibt es ein Öffentlichskeitsrecht

auf nationaler Ebene und damit einen Grundsatz, der das Amtsgeheimnis zur begründungspflichtigen Ausnahme macht. Damit ist die Transparenz in Schweden ein Prinzip, das der modernen Demokratie, die sich in dem nordischen Land ab dem frühen 19. Jahrhundert herausbildete, vorausging. Umgekehrt führte eine starke Zentralisierung und die Herausbildung eines dominierenden Parteienstaates dazu, dass formell verankerte partizipative Verfahren in Schweden bis vor kurzem kaum eine Rolle spielten.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahre 1995 hat sich dies geändert: seither ist auch in Schweden deutlich geworden, dass eine moderne Demokratie sich auf verschiedenen politischen Ebenen gleichzeitig abspielt und dieses auf mehreren Pfeilern ruht, wie der Schutz des Einzelnen und Minderheiten („Rechtsstaat"), die Delegation von Entscheidungsbefugnissen („Wahlen") und die politische Teilhabe durch „Partizipation". Folgerichtig sind in der schwedischen Verfassung in den letzten Jahren – das jüngste Grundgesetz trat 2011 in Kraft – neue direktdemokratische Verfahren wie die Volksinitiative auf lokaler und regionaler Ebene eingeführt werden, die es zehn Prozent der Wahlberechtigten erlaubt, eigene Vorschläge auf die Tagesordnung zu setzen – und damit eine Volksabstimmung auszulösen.

Gemeinsam mit dem neuen Europäischen Bürgerinitiativenrecht, das seit dem 1. April 2012 gilt, verfügen damit die Bürgerinnen und Bürger in Falun (und allen anderen schwedischen Gemeinden) über ein „tägliches" Mitbestimmungsrecht. Damit diese neue Möglichkeit zum Nutzen aller und der Gemeinschaft eingesetzt werden kann, entschlossen sich die im Faluner Stadtparlament vertretenen neun Parteien im Sommer 2011, eine „Demokratiekommission" einzusetzen, die den Auftrag erhielt, die Eckpunkte für den Aufbau der „Demokratiestadt Falun" festzulegen: diese im Frühjahr 2012 vom Parlament verabschiedeten Eckpunkte sehen fünf Massnahmen vor:

1) **Demokratiezentren:** die gegenwärtig sechzehn öffentlichen Bibliotheken der Gemeinde werden in „Demokratiezentren" weiterentwickelt. Hier sollen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur umfassend über anstehende kommunale Projekte informiert werden, sondern auch über ihre konkreten Beteiligungsmöglichkeiten. Dazu bilden die Demokratiezentren das Herz einer umfassenden partizipativen Infrastruktur, die zur aktiven Teilnahme ermuntert und diese unterstützt.
2) **DemokratielotsInnen:** in der Verwaltung der Gemeinde mit immerhin 7000 Vollzeitstellen wird die Funktion der „DemokratielotsInnen" geschaffen, die gegenüber der Bevölkerung

als AnsprechpartnerInnen dienen und diesselbe beraten, wenn es darum geht, sich zu äußern, einzumischen und mitzubestimmen. So sollen die „Demokratielotsen“ beispielsweise auch dabei behilflich sein, eine Volksinitiative vorzubereiten und durchzuführen.

3) **Junge Demokratie:** Es ist entscheidend, dass junge Menschen, die das in Schweden geltende Stimm- und Wahlrechtsalter 18 erreichen, umfassend über ihre Rechte und Pflichten unterrichtet sind und wissen, weshalb ihre Teilnahme wichtig ist. Deshalb wird im Rahmen der „Demokratiestadt Falun“ massiv in die Jugenddemokratie innerhalb und außerhalb der (kommunal verwalteten) Schule investiert, in Form eines eigenständigen Demokratiezentrums für Jugendliche sowie spezifischen Lehrmitteln und Studiengängen.
4) **Demokratieweb:** die Digitalisierung aller Bereiche unseres modernen Lebens hat unterdessen auch die Politik erreicht. Dabei gilt es jedoch, Privates und Öffentliches weiterhin auseinanderzuhalten – also nicht etwa private Anbieter wie Facebook oder Twitter zu öffentlichen Informationsstellen zu machen. Vielmehr soll in der „Demokratiestadt Falun“ die eigene Webseite (falun.se/demokrati) zum Dreh- und Angelpunkt der Beteiligung und Mitbestimmung gemacht werden, die mittelfristig auch formale Möglichkeiten wie das Durchführen von Wahlen und Abstimmung beinhalten soll.
5) **Demokratienetzwerk:** die Stadt Falun ist nicht alleine in ihren Bestrebungen, die Demokratie zu demokratisieren. In ganz Schweden, Europa und der Welt sind heute ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Deshalb will die schwedische „Demokratiestadt“ am großen Kupferberg – einem UNESCO-Welterbe – sich künftig sehr aktiv an entsprechenden Netzwerken und Kooperationsformen beteiligen. Dazu gehören die Zusammenarbeit im Rahmen des europäischen „Ausschusses der Regionen“ sowie das sich im Aufbau befindliche Netzwerk der „Weltdemokratiestädte“.

Eine moderne Demokratie gründet sich auf Prinzipien, Verfahren und Praktiken. Wie im Falle von politischen Parteien und Parlamenten, so benötigen im 21. Jahrhundert auch die Bürgerinnen und Bürger zur Wahrnehmung ihrer Möglichkeiten eine entsprechende Infrastruktur. Diese lässt sich am besten und direktesten auf der kommunalen Ebene verwirklichen. Die laufenden Arbeiten und Entwicklungen der „Demokratiestadt Falun“ sind ein konkreter Beitrag dazu.

Mehr Informationen unter www.falun.se/demokratie oder bei Bruno Kaufmann, Stadtrat für Bürgerbeteiligung, bruno.kaufmann@falun.se

BürgerInnenbeteiligung in Schwechat – Stand April 2012

NR Bgm. Hannes Fazekas

Stadtgemeinde Schwechat

BÜRGERiNNENBETEILIGUNG IN SCHWECHAT STAND APRIL 2012

RÜCKBLICK

Im September 1992 beschloss der Schwechater Gemeinderat erstmals ein BürgerInnenbeteiligungsverfahren, welches gewährleisten sollte, dass die SchwechaterInnen besser und direkt in die Planungen der Stadt miteinbezogen werden können. Das Verfahren war zunächst auf ein Jahr beschränkt, wurde im Gemeinderat vom Jänner 1993 um ein weiteres Jahr verlängert und schließlich im Dezember 1994 unbefristet beschlossen.

In der Folge wurde eine Reihe von Verfahren erfolgreich abgewickelt, 1997 fand das erste „Schwechater Stadtpanel“ statt. Dabei geht es um eine standardisierte Erhebung, die die Bevölkerungsmeinung zur Qualität der städtischen Produkte und der Entwicklung dieser Qualität im Zeitablauf erfasst.

Aufgrund der gesammelten praktischen Erfahrungen wurde im September 2007 vom Gemeinderat eine bedeutende Novellierung des Schwechater Bürgerbeteiligungsverfahrens beschlossen, die bis dato in Kraft ist.

Die Grundphilosophie der Politik ist in den vergangenen zwanzig Jahren gleich geblieben: Wenn man Entscheidungen FÜR die BürgerInnen treffen möchte und nicht GEGEN sie, ist ihre Einbindung in wichtige Entscheidungsprozesse der Stadt von elementarer Bedeutung.

DIE ECKPFEILER DES SCHWECHATER BÜRGERiNNENBETEILIGUNGSVERFAHRENS

Die Novelle 2007 sieht nun explizit zwei grundsätzliche Antragsmöglichkeiten für Bürger und Bürgerinnen vor:

- ein Antragsrecht für Anliegen, für die es **keinen aktuellen Planungsbeschluss** der Stadt gibt (Voraussetzung: mindestens 60 BürgerInnen ab 16 Jahren unterstützen mit ihrer Unterschrift den Antrag).
- ein Antragsrecht für Anliegen, für die es **einen aktuellen Planungsbeschluss** der Stadt gibt (Voraussetzung: mindestens 20 BürgerInnen ab 16 Jahren unterstützen mit ihrer Unterschrift den Antrag).

Natürlich kann auch der Gemeinderat durch Beschluss ein BürgerInnenbeteiligungsverfahren einleiten.

Details dazu sind aus der Grafik ersichtlich.

Des Weiteren wurde die Novelle zum Anlass genommen, das Schwechater Stadtpanel zu modernisieren. Bei der 2008 durchgeführten Befragung konnte

erstmals das Ausfüllen des Fragebogens wahlweise auch auf elektronischem Weg erfolgen. Die Wahrung der Anonymität ist dabei oberstes Gebot. Dies wurde auf einfachem Weg ohne Verwendung von Hilfsmittel wie BürgerInnenkarte oder Handy-Signatur erreicht. Heuer im Herbst führen wir wieder ein „Stadtpanel“ durch.

Derzeit arbeitet die Stadtgemeinde Schwechat auch an einem neuen **Verkehrskonzept** (das alte stammt aus dem Jahr 1994).

Hier hat der Gemeinderat im März 2012 eine Mitwirkung der Bevölkerung in folgender Form beschlossen:

Nachdem das Verkehrskonzept zwischen den Gemeinderatsparteien erörtert worden und die Meinungsbildung darüber mit einer abschließenden Sitzung der Arbeitsgruppe vorläufig beendet ist, erfolgt - in Anlehnung an die rechtlichen Bestimmungen beim örtlichen Raumordnungsprogramm und Bebauungsplan - eine öffentliche Auflage unter folgenden Rahmenbedingungen:

- 6 Wochen Auflage

- Kundmachung über Auflage in den Medien der Stadtgemeinde, insbesondere Ganz Schwechat", Homepage und Amtstafel

- jede Bürgerin und jeder Bürger kann Einsicht nehmen, es werden mündliche Auskünfte erteilt

- jede Bürgerin und jeder Bürger kann schriftlich Stellung nehmen

- abgegebene Stellungnahmen werden je nach Fragestellung seitens Abteilung 2 und/oder einer/einem externen BeraterIn bearbeitet und im Anhang entsprechend aufbereitet

Über diese abgegebenen Stellungnahmen samt deren Bearbeitung und Aufbereitung durch Abt. 2 sowie einer/einem externen BeraterIn wird ein nach dem Schwechater BürgerInnenbeteiligungsverfahren eingerichtetes Gremium beraten und dem Gemeinderat Empfehlungen dazu abgeben.

Danach erfolgt die endgültige Beschlussfassung des Schwechater Verkehrskonzeptes im Gemeinderat.

Im April 2012 hat sich der BürgerInnenbeteiligungskontrollausschuss (BBKA) mit diesem Gemeinderatsbeschluss sowie mit den geplanten Fragen zum Stadtpanel 2012 befasst.

In den BBKA werden von jeder im Gemeinderat vertretenen Partei zwei Personen entsandt, unabhängig von der tatsächlichen Mandatsverteilung im Gemeinderat. Das sind insgesamt acht Personen. Eine gleiche Anzahl von BürgerInnen, die mittels

Zufallsprinzip ausgewählt werden, gehört ebenfalls dem BBKA an. Somit besteht der Ausschuss aus 16 Personen.

Der BBKA hat beschlossen, dass eine Themengruppe eingerichtet wird. Aus jeder der vier Katastralgemeinden sollen zumindest zwei BürgerInnen teilnehmen und die jeweilige EinwohnerInnenzahl dient als grobes Richtmaß für die Anzahl der Personen aus den einzelnen Katastralgemeinden.

Aufteilung:

- Schwechat 11 Personen
- Rannersdorf 4 Personen
- Mannswörth 3 Personen
- Kledering 2 Personen

Das ergibt in Summe 20 Personen.

Weitere Vorgaben des BBKA:

- Der Themengruppe können Schwechater BürgerInnen ab dem 16. Lebensjahr mit Stichtag 1.5.2012 angehören
- Eigenanmeldung von Interessierten – Losentscheidung, wenn sich mehr Personen melden als Plätze vorhanden sind.
- Aufruf in der Gemeindezeitung „Ganz Schwechat“, auf der Homepage der Stadtgemeinde Schwechat und der Facebook-Seite der Stadt
- Ab der 1. Sitzung der Themengruppe sind max. 5 Monate Zeit für die Erstellung des Endberichtes.

AUSBLICK AUF ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN

Die Nutzung von elektronischen Medien bekommt im öffentlichen Leben einen immer höheren Stellenwert. Darauf müssen auch Kommunen verstärkt Bedacht nehmen. Meinungsbildungen zu aktuellen Themen erfolgen gerade bei der jungen Generation intensiv in sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter. Moderne BürgerInnenbeteiligung muss sich daher auch auf diesem neuen Terrain bewegen. Wir in Schwechat haben mit der Einrichtung einer Facebook – Seite der Stadt sowie Video – Podcasts mit dem Bürgermeister erste Schritte in diese Richtung gesetzt, weitere werden folgen.

Übersicht; im Zweifelsfall gilt die textliche Langfassung

Aktive Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger

Antragsrecht
(§ 1 Abs. 1 lit. a)

Bei mindestens 60 Unterschriften von Bürgern ab 16 Jahren bei Anliegen zu dem es **keinen aktuellen Planungsbeschluss** der Stadt gibt

Beratung des BBKA (§ 7)

prüft formale Richtigkeit (gemäß § 2 Abs. 5)

formale Mängel → Verständigung der Antragsteller (§ 2 Abs. 6)

formal in Ordnung

Behandlung im Gemeinderat und Entscheidung durch zuständiges Organ der Stadtgemeinde (§ 2 Abs. 8)

Antragsgemäßer Planungsbeschluss bzw. offizielles Ersuchen an den Bürgermeister bzw. STR

Kein Planungsbeschluss bzw. kein offizielles Ersuchen an den Bürgermeister bzw. STR

Verständigung der Antragsteller (§ 2 Abs. 10)

Entscheidung des BBKA über Form der Planungsmitwirkung (§ 2 Abs. 9)

- Themengruppe (§ 3) – inhaltliche Bearbeitung nach Zeit- und Arbeitsplan
- und/oder
- Bürgergutachten (§ 4) – Hauptzweck Stellungnahme zu bestehenden (Zwischen)Ergebnissen
- und/oder
- bestehender Beirat (§ 5)

Ergebnisse fließen in die Entscheidungsfindung der zuständigen gewählten Gremien der Stadt Schwechat ein.

Planungsmitwirkung bei bestehender Planung
(§ 1 Abs. 1 lit. b)

Bei mindestens 20 Unterschriften von Bürgern ab 16 Jahren oder Beschluss des Gemeinderates bei Anliegen zu dem es **einen aktuellen Planungsbeschluss** der Stadt gibt

Beratung des BBKA (§ 7)

prüft formale Richtigkeit (gemäß § 2 Abs. 5)

formale Mängel → Verständigung der Antragsteller (§ 2 Abs. 6)

formal in Ordnung

Entscheidung des BBKA über Form der Planungsmitwirkung (§ 2 Abs. 9)

- Themengruppe (§ 3) – inhaltliche Bearbeitung nach Zeit- und Arbeitsplan
- und/oder
- Bürgergutachten (§ 4) – Hauptzweck Stellungnahme zu bestehenden (Zwischen)Ergebnissen
- und/oder
- bestehender Beirat (§ 5)

Ergebnisse fließen in die Entscheidungsfindung der zuständigen gewählten Gremien der Stadt Schwechat ein.

Geschlechtsbezogene Aussagen sind auf Grund der Gleichstellung für beiderlei Geschlechter aufzufassen und auszulegen

Formen der Planungsmitwirkung

Themengruppe (§ 3)

- Wird für eine bestimmte Aufgabenstellung, für bestimmte Zeit durch BBKA einberufen
- Der BBKA beschließt die Art und Weise der personellen Zusammensetzung bzw. Nominierung der Mitglieder nach Anhörung von Verwaltung und Antragstellern

Bürgergutachten (§ 4)

- Wenn zu konkreten Anliegen (Planungen) ein objektives Meinungsbild der direkt betroffenen Bevölkerung erhoben werden soll
- Der BBKA legt die Rahmenbedingungen für eine Zufallsauswahl von Personen aus, die als „Bürgergutachter“ eingeladen werden
- Die Begutachtung bzw. Stellungnahme kann durch mündliche Äußerung, in schriftlicher Form oder durch Formen der Internetnutzung (e-democracy) erfolgen

Beirat (§ 5)

- Ist Gremium, das auf Beschluss des Gemeindrates Organe der Stadt in ihrem Aufgabenbereich unterstützen
- Die Funktionsdauer eines Beirates deckt sich mit der des Gemeinderates
- Mit dem Beschluss des Gemeindrates werden Ziele und Aufgaben, die Art und Weise des Zusammenwirkens mit den Organen der Stadt, sowie die Zusammensetzung festgelegt

Bürgerbefragung zur Verwaltungsleistung

Stadtpanel (§ 6)

- Alle 4 Jahre erfolgt eine Befragung zur Qualität der Leistungen und Angebote der Verwaltung der Stadt Schwechat
- Dazu werden mindestens 10 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger über 16 Jahre durch ein Zufallsverfahren ausgewählt
- Die Erhebung erfolgt postalisch oder in Form einer Befragung über das Internet

Regelung und Kontrolle der Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligungskontrollausschuss (BBKA) (§ 7)

- Der Bürgerbeteiligungskontrollausschuss besteht aus je 2 Vertretern der im Gemeinderat vertretenen Parteien sowie einer gleichen Anzahl Schwechater Bürger, die durch Zufallsauswahl nominiert werden
- Der BBKA hat folgende Aufgaben:
  - Feststellung der formalen Zulässigkeiten
  - Festlegung von Inhalten, Abläufen und Beteiligten bei Bürgerbeteiligungsverfahren
  - Kontrolle der ordnungsgemäßen Abwicklung der Bürgerbeteiligungsverfahren

Öffentlichkeit

Information über Bürgerbeteiligung (§ 8)

- Protokolle und Ergebnisse liegen zur Einsichtnahme im Rathaus auf und werden auf der Website der Stadt Schwechat veröffentlicht

NOTIZEN